

Bundes- und Europapolitik

Infobrief

Das Ende der Sommerpause läutete ein bundesweites Treffen der FREIEN WÄHLER Anfang September in Frankfurt ein. Auf Einladung der Partei Europäischer Demokraten (EPD) ging es um die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union. Viele interessante Ideen wurden formuliert. Viel Geld für Sportvereine stellt die EU-Kommission zur Verfügung. Wir berichten über die Rahmenbedingungen. National wendet sich unser Blick nach Koblenz, wo eine kaum bekannte Liebesbrief-Zentrale existiert. Ebenso greifen wir eine Diskussion über den Zustand des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik auf. Eine Artikelserie in der Zeitschrift *Das Parlament* deckt erschreckende Schwachstellen auf.

- 1) 100 FREIE WÄHLER treffen sich zum Europa-Workshop in Frankfurt
- 2) EU-Förderung: Sport in der Natur
- 3) EU verstärkt den Kampf gegen Pestizide
- 4) Eine Institution für Romantiker: Das Koblenzer Liebesbrief-Archiv
- 5) Katastrophenschutz katastrophal
- 6) Niedriglohnsektor unverändert groß
- 7) Dynamische Energiekrise



NR. 13, 17. SEPTEMBER 2022

Bernd Barutta, FW Landesvereinigung
Baden-Württemberg



100 FREIE WÄHLER treffen sich zum Europa-Workshop in Frankfurt

Engin Eroglu und die *Europäische Demokratische Partei* (EDP) luden ein

Unser Europaabgeordneter **Engin Eroglu** wollte von der **Parteibasis** erfahren, welche Schwerpunkte sie in den kommenden Jahren für die Arbeit der FREIEN WÄHLER als Mitglied des europäischen Parteienbündnisses **Europäische Demokratische Partei** im Europaparlament sieht. Rund 100 Mitglieder aus ganz Deutschland folgten der Einladung nach Frankfurt.

Zwei Tage wurde um Inhalte und Positionen gerungen. In vielen Punkten herrschte Einigkeit, gelegentlich gab es aber auch hitzige Debatten über die Themenschwerpunkte im europäischen Kontext. **Baden-Württemberg** war mit sechs Vertretern vor Ort. Aus dem Landesvorstand nahmen die beiden stellvertretenden Vorsitzenden **Nadja Lützel** (3.v.r.) und **Sylvia Rolke** (4.v.l.), Beisitzer **Bernd Barutta** (ganz rechts) sowie die Mitglieder **Norbert Volz** (Bezirksvorsitzender von Nordwürttemberg, 1.v.l.), **Hartmut Eberhardt** und **Gerd Clemens** (2. u. 3. v.l.) teil.

Am Ende der Debatte standen **57 Vorschläge** für die politische Arbeit in den kommenden Jahren. Fragen des **Energie- und Umweltschutzes** wurden ebenso diskutiert, wie Aspekte der **Digitalisierung**, der **Bildung**, oder der **landwirtschaftlichen Entwicklung**. Bei den Workshop-Teilnehmern nahmen am Ende überraschenderweise nicht inhaltliche, sondern eher institutionelle Themen die höchste Priorität ein. **Reformen** in den **Strukturen der EU** wurden vordringlich angemahnt. In den Augen der Parteibasis soll sich die europäische Ebene auf wichtige **politische Felder** wie beispielsweise die **Außenpolitik** konzentrieren. Auf der anderen Seite könne die EU Felder wie zum Beispiel den **Kulturbereich** den Mitgliedsstaaten überlassen. Parallel zur Einschränkung der EU-Themenfelder verlangten die Mitglieder eine **Überwindung des Einstimmigkeitsprinzips** im Europäischen Rat.



Engin Eroglu (2.v.r.) beim Gruppenfoto mit der Delegation aus Baden-Württemberg.



Es solle zukünftig verhindert werden, dass **einzelne Staaten** mit einem Veto Entscheidungen **blockieren** können.

EU-Förderung: Sport in der Natur

Anforderungsprofil sollte nicht abschrecken / Beachtliche Zuschüsse

Projekte für eine **gesunde Natur, intakte Landschaft** und **innovative Sportangebote „im Freien“** möchte der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) mit Geldern aus dem **EU-Haushalt** fördern. Unter dem Titel **„SPORTOUT“** wirbt der DOSB bei deutschen Sportvereinen für naturverträgliche Bewegungsangebote.

Der auf der Webseite des DOSB veröffentlichte **Projektaufruf** ist mit unzähligen Anforderungen **schwer beladen**, so dass viele Klubs an dieser Stelle schnell das Handtuch werfen möchten. Hier zeigt sich wieder einmal, dass die **Hemmschwellen** für die Beantragung von Fördergeldern meistens sehr hoch, zu hoch formuliert werden. Doch oftmals stellen die Kriterien mehr Schein als Sein da und die Bewerbung muss **keine Doktorarbeit** sein. Dies unterstreicht schon die kurze Frist, um eine Projektskizze auszuarbeiten. Deadline ist der **31. Oktober 2022**.

Außergewöhnlich – und damit motivierend – ist die **Höhe** der möglichen Fördersumme. Sie liegt zwischen **€ 10.000 und € 50.000**. Positiv auch, dass mit den Fördergeldern **Personalkosten** getragen werden können. SPORTOUT wird von der EU als Teil der Durchführung von Breitensportprogrammen und Infrastrukturinnovationen gefördert. Alles Weitere unter: www.dosb.de/sportout

EU verstärkt den Kampf gegen Pestizide

Übergangsfristen und Sofortverbote / Votum der Mitgliedsstaaten entfällt

Die **Europäische Kommission** hat im Rahmen der *Farm-to-Fork-Strategie*¹ (**Vom Hof auf den Tisch**) – einer der zentralen Säulen des europäischen Grünen Deals – ehrgeizigere Ziele für den nachhaltigen Einsatz von Pestiziden gesetzt. Eine der Vorgaben besteht darin, bis 2030 Verwendung und Risiko chemischer und gefährlicher Pestizide in der EU **um 50 %** zu verringern.

Am **22. Juni 2022** hat die EU-Kommission den Entwurf einer Verordnung zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln veröffentlicht – die „Sustainable Use Regulation“ (**Nachhaltigkeitsverordnung**). Diese legt die Ziele und Maßnahmen zu deren Umsetzung

¹) Die Europäische Kommission hatte die Farm-to-Fork-Strategie im Mai 2020 vorgestellt. Es geht dabei um den Beitrag eines nachhaltigen Ernährungssystems zum europäischen Green Deal. Zum ersten Mal wird in der EU das gesamte Ernährungssystem betrachtet – von der Erzeugung bis zum Verbraucher.

verbindlich fest. Demnach soll der Einsatz und das Risiko von **Pestiziden bis 2030 halbiert** werden. EU-Kommissarin **Stella Kyriakides** weist in dem Kontext nachdrücklich darauf hin, dass es nicht um mehr Verbote von Stoffen gehe, sondern um **eine Reduzierung** von deren Nutzung. Dies sei auch Anliegen der Bürgerinnen und Bürger der EU.

Was die Kommissarin aber **nicht erwähn**, dass die die Kommission ein sofortiges Verbot (**keine Übergangsfrist bis 2030**) aller Pestizide in empfindlichen Gebieten vorschlägt. Das gilt für Orte wie **städtische Grünflächen, Spielplätze, Schulen, Freizeit- und Sportplätze, öffentliche Wege und Natura-2000-Schutzgebiete (einschließlich der unmittelbaren Umgebung)**. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die Bürger im Alltag in ihrer unmittelbaren Umgebung nicht mehr mit **chemischen Pestiziden in Berührung** kommen.

Bei Landwirten und auch in einigen Ministerien werden die Brüsseler Vorschläge kritisiert. So werden erhebliche Einschränkungen und Ertragsverluste befürchtet. Der Präsident des Bundesumweltamtes, Dirk Messner, springt den Bauern bei: „Die Landwirte werden den Pestizideinsatz nur verringern, wenn finanzielle Nachteile abgefedert werden. Auch bei den Sportverbänden regt sich Widerstand. Besonders sensible Fußballplätze, Golfanlagen und Rasen-Tennisplätze dürften nicht mehr behandelt werden

Durch den jetzt vorgelegten Entwurf, sind die Interessengruppen aufgefordert, ihre Anmerkungen einzureichen. Eine Abstimmung im Europäischen Rat ist nicht mehr notwendig, die Kommission entscheidet autonom.

Quellen: <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/neue-eu-verordnung-weniger-pestizide-geht-nur#:~:text=Am%2022.,zu%20deren%20Umsetzung%20verbindlich%20fest>, <https://europa.rlp.de/de/aktuelles/detail/news/News/detail/eu-kommission-legt-vorschlag-zur-reform-der-pestizidrichtlinie-vor/>, https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Pflanzenschutzmittel-reduzieren-EU-Plan-veraergert-Landwirte,duengemittel112.html

Eine Institution für Romantiker: Das Koblenzer Liebesbrief-Archiv

Sind Männer gefühlvoller? / Bundesförderung wird hinterfragt



Bild von Monfocus auf Pixabay

Ist es **skurril**, dass es in Koblenz ein Liebesbrief-Archiv gibt? Oder ist es vielmehr eine wichtige Institution, die unser **kulturelles Erbe bewahren** soll? Auf jeden Fall ist es ein empathisches Thema jenseits aller momentanen Unsicherheiten. Jeder kann seine **Briefe spenden**, der zu Hause in seinen Schubladen oder Schuhkartons entsprechende Exponate besitzt. Das Archiv freut sich ebenso über die Liebesbriefe der Eltern, Großeltern und Verwandten. Auch **Dachboden- und Flohmarktfunde** sind herzlich willkommen.

Das Archiv sieht seine Berechtigung darin, zur „**Bewahrung der einzigartigen Quelle privater und authentischer Liebesbriefe** als wertvolles Zeugnis der Liebes- und Alltagskultur“

beizutragen, eine Quelle, für die bis heute kein Sammlungsauftrag existiere. Im Archiv liegen 20.000 Liebesbriefe, E-Mails oder Zettelchen voller **Sehnsucht, Leidenschaft und Verletzlichkeit**, wie *DIE WELT* im März 2022 schreibt. Die meisten sind von Männern geschrieben. Sie geben einen unvergleichlichen Einblick in die **männliche Gefühlswelt**. Die *Rhein-Zeitung* berichtet dann im September 2022 gar von 25.000 Exponaten.

Das Liebesbrief-Archiv erweckt sicherlich vielfach **romantische Gefühle**. Doch ist es angebracht, das Dokumentationszentrum mit Geldern aus dem Bundeshaushalt zu unterstützen? Diese Frage verneint der **Bund der Steuerzahler (BdSt)**. Aus seiner Sicht gehöre die Liebesbriefforschung nicht zu den Kernaufgaben des Bundes. Kleinkariert oder berechtigt?

Die Bemerkungen des BdSt rief die AfD-Bundestagsfraktion auf den Plan. Sie möchte in einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung wissen, seit **wann und in welcher Höhe** das seit 2013 bestehende Liebesbrief-Archiv **gefördert** wird. Wir sind gespannt, wie stark die Liebesbeziehung der Bundesregierung zur Quellensammlung ist. Wir warten auf die Antwort aus dem **Bundesministerium für Bildung und Forschung** und halten Euch auf dem Laufenden.

Quellen: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/033/2003310.pdf>, https://www.rhein-zeitung.de/region/aus-den-lokalredaktionen/koblenz-und-region_artikel,-stammtisch-in-koblenz-geplant-liebesbriefe-lesen-abschreiben-und-erforschen-arid,2448579.html, <https://www.welt.de/iconist/partnerschaft/article237411957/Liebesbriefe-In-diesem-Archiv-liegen-Korrespondenzen-voller-Liebe.html>, <https://liebesbriefarchiv.de/liebesbriefarchiv/liebesbriefe-spenden/>, <https://www.steuerzahler.de/aktuelles/detail/bdst-sparbuch-fuer-den-bundeshaushalt-2022/>

Katastrophenschutz katastrophal

Experten sehen Deutschland in Notlagen schlecht gerüstet

Warnungen vor großen **Naturkatastrophen** gab es reichlich: 1997 an der Oder und 2002 an der Elbe. 2010 wieder an der Oder. Und 2013 eigentlich an jedem Fluss in Ost- und Süddeutschland sowie Deutschlands Nachbarländern. Im vergangenen Jahr wütete schließlich im rheinland-pfälzischen Ahrtal und in Nordrhein-Westfalen nach sintflutartigen Regenfällen mit mehr als **180 Toten die verheerendste Naturkatastrophe** in Deutschland seit der Hamburger Sturmflut von 1962. Am zweiten Weihnachtsfeiertag 1999 wütete Orkantief "Lothar" über Mitteleuropa. Ein wahrer Jahrhundertsturm. Doch bereits 2007 folgten "Kyrill" und 2009 "Klaus".

Mit dem **Klimawandel** kommen **extreme Naturphänomene**. Die zweimal im Monat erscheinende Zeitung *Das Parlament* widmet sich in einer Themenausgabe dem Katastrophenschutz in Deutschland. Und das **einhellige Urteil**: Es steht nicht besonders gut um den Bevölkerungsschutz in unserem Land. Um zumindest die **schlimmsten Auswirkungen** von weiteren Naturkatastrophen zu lindern, wird die Politik viel Geld und eine Menge guter Ideen benötigen, um den Bevölkerungsschutz und die Katastrophenhilfe massiv weiterzuentwickeln.

Das Themenheft widmet sich **diversen Aspekten**, von der nicht immer einfachen Kompetenzverteilung im Föderalismus, über die Renaissance heulender Sirenen oder die Förderung von Selbstschutz.

Interessant ist auch der Beitrag über das nicht bestehende **Netz von Schutzräumen**. Einst gab es 2.000 davon in der alten Bundesrepublik heute sind es in ganz Deutschland noch 599 – und **keiner** dieser Schutzräume ist **funktionsfähig**, wie *Denise Schwarz* schreibt. Dagegen blüht das Geschäft mit dem privaten Schutzraum. Seit dem Beginn des Ukraine-Krieges haben sich nach Angaben der Spezialfirma "Bunker Schutzraum Systeme Deutschland" (BSSD) die Anfragen verdoppelt. Dabei sei nicht nur der Krieg Auslöser für den Boom, sondern auch „Sorgen vor Verteilungsengpässen“ oder allgemeinen Unruhen im Land.

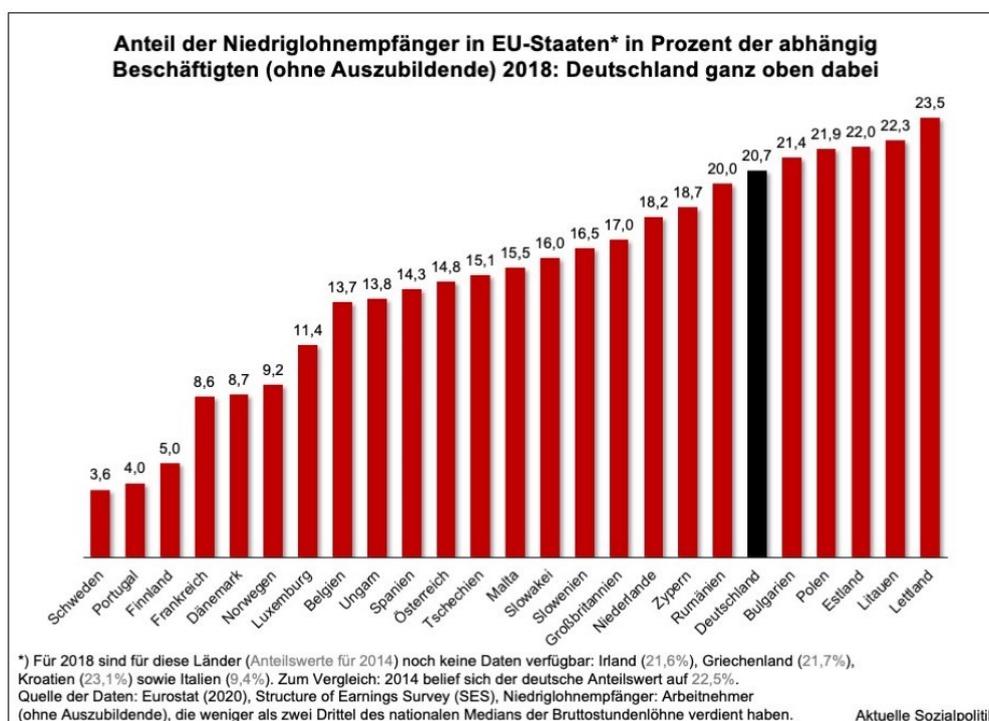
Frei nach dem Titel des Berichtes von Denise Schwarz „Drei Zimmer, Küche, Bad und Bunker“ starten die Preise für den privaten 36 Quadratmeter Schutzraum bei rund 200.000 Euro.

Quelle: <https://www.das-parlament.de/2022/36> (Die komplette Ausgabe ist frei abrufbar.)

Niedriglohnsektor unverändert groß

Vor allem Ausländer betroffen / Deutschland ein europäisches Sorgenkind

Eine umfassende Studie zum **Niedriglohnsektor** in Deutschland von Ökonomen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung aus dem Juli 2020 hält fest: „In **keinem anderen europäischen Land** mit vergleichbarem wirtschaftlichen Entwicklungsstand ist der Niedriglohnsektor **ähnlich groß**.“



Leider sind die jüngsten Daten aus 2018

Die Bundesregierung veröffentlichte jetzt konkrete Zahlen für das Jahr 2021. Sie bezieht sich dabei auf Angaben der Bundesagentur für Arbeit. Demnach haben 2021 **knapp vier Millionen** sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte ein Bruttomonatsentgelt im unteren

Entgeltbereich² verdient. Das entspricht einem **Anteil von 18,1 Prozent** an allen Vollzeitbeschäftigten. Sie haben somit weniger als zwei Drittel des Medianverdienstes von Vollzeitbeschäftigten verdient. Im Vorjahr waren es 18,7 aller Vollzeitbeschäftigten. Eine **nennenswerte Verringerung** des Anteils diese Entgeltgruppen ist damit in den letzten Jahren **nicht erfolgt**. Derzeit liegt die Niedriglohnschwelle für eine Vollzeittätigkeit bei **2.344 Euro Bruttomonatsentgelt**.

Wie in vorangegangenen Jahren liegt der Anteil von **Ausländern** im Niedriglohnsektor weit über zweimal so hoch verglichen mit deutschen Vollzeitbeschäftigten (15,1 2021 bzw. 15,9 2020).

Quellen: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/322/1932223.pdf>,
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/032/2003209.pdf>, <https://aktuelle-sozialpolitik.de/2020/10/22/der-beste-niedriglohnsektor-in-europa-2018/>

Dynamische Energiekrise

Infobrief keine Tageszeitung / Genauer Blick auf das Bürgergeld

Sicherlich erwarten die Leser in diesem Infobrief auch eine **Berichterstattung über die Politik der Bundesregierung** zur Energiekrise und den aktuellen politischen Entscheidungen. Keine öffentliche Diskussion wird derzeit so intensiv geführt. Doch die Entwicklung ist so **dynamisch**, von hoher Tagesaktualität gekennzeichnet, dass der Infobrief, der nur ca. **alle sechs Wochen** erscheint, der **Aktualität** zwangsläufig **hinterherhinken** muss. Hinzu kommt, dass die Berichterstattung in den herkömmlichen Medien umfangreich ist. Daher sehen wir hier von einer Berichterstattung ab und kommentieren die Entwicklung aktuell auf unseren Social Media Kanälen.

Ob durch die verschiedenen Maßnahmen zur Energiekrise die Bürger nachhaltig entlastet werden und ob das Geld bei den Richtigen landet, wird heftig diskutiert – viele Ansätze der Ampel-Regierung sind halbherzig und nicht ausgereift.

Wer möchte, kann auf der Internetseite der Bundesregierung die einzelnen Punkte des dritten Entlastungspaketes **selbst nachlesen** (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/drittes-entlastungspaket-2082584>). Es ist aber nur eine Frage der Zeit, bis das vierte Entlastungspaket folgen wird.

Ein Thema werden wir im nächsten Infobrief aufgreifen: **Das Bürgergeld**. Es steht im Verdacht, eine **Motivationsbremse** zu sein, arbeiten zu gehen. Wir werden diese Frage ausführlich beleuchten.

²⁾ In Anlehnung an die OECD-Definition des Niedriglohnbereichs gelten dabei sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte als Geringverdiener/innen, die weniger als 2/3 des mittleren monatlichen Bruttoarbeitsentgeltes aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe in der Bundesrepublik verdienen.